

Kommentar

Konzept für die Tonne



Peter Ketteritzsch über die Pläne für einen gelben Wertstoffbehälter

Als Weltmeister bei der Mülltrennung sind wir Deutschen ja scheinbar zu allem bereit. Die Pläne der Bundesregierung für eine gelbe Tonne dürften aber selbst den umweltpolitisch korrektesten Sammlern gegen den Strich gehen.

Beim Landkreis Kassel hat man die drohenden Auswüchse erkannt. Dank der Ergebnisse des Praxistests ist klar: Das Konzept der Berliner Abfallbürokraten kann man in die Tonne treten.

Es gibt praktisch nichts, was für einen zusätzlichen Behälter spricht. Die Erkenntnisse des renommierten Witzhausen-Instituts sind eindeutig: Es reicht völlig aus, die vorhandene Restmülltonne als Wertstofftonne mitzunutzen. Die Sortiertechnik ist inzwischen so weit entwickelt, dass man keinen zusätzlichen Behälter braucht, um wiederverwertbare Stoffe aus dem Restmüll herauszufischen. Überdies haben viele Bürger keinen Platz für eine weitere Tonne.

Und da ist die ökologische Seite: Wenn die Wertstoffe zusammen mit dem Restmüll in der grauen Tonne landen, müssen die Müllfahrzeuge nur einmal fahren. **ket@hna.de**

Abstimmung: Soll es weiteren Behälter geben?

Beim Landkreis lehnt man die von der Bundesregierung geplante gelbe Wertstofftonne ab. Uns interessiert Ihre Meinung, liebe Leser. Beteiligen Sie sich an unserer Abstimmung auf HNA online.

1. Eine gelbe Wertstofftonne wäre sinnvoll.
2. Eine zusätzliche Tonne einzuführen, ist übertrieben.
3. Mir ist es egal, wie viele Tonnen es gibt.

Das Ergebnis der Abstimmung veröffentlichen wir auch in der gedruckten Ausgabe der HNA. (ket)

Stimmen Sie ab im Internet auf www.hna.de/tonne1904



Es bleibt bei drei Behältern: Der Landkreis Kassel will die Restabfalltonne (grau) künftig als graue Wertstofftonne nutzen. Das Bild zeigt den Leiter der Abfallentsorgung, Uwe Pietsch (von links), Abfalldozententinnen Susanne Selbert und Dr. Michael Kern vom Witzhausen-Institut mit den drei im Landkreis eingesetzten Abfallbehältern. Braun steht für Biomüll, Grün für Papierabfall. Foto: Landkreis Kassel/Jnh

STICHWORT

Thesenpapier der Bundesregierung

Im Thesenpapier der Bundesregierung zum Wertstoffgesetz werden die Eckpunkte für das zukünftige Regelwerk zur Sammlung, Sortierung und Verwertung von Verpackungen umrissen. Dazu gehört nach den Vorstellungen des Bundesumweltministeriums die Einführung einer zusätzlichen Wertstofftonne, mit der den Bürgern „ein System der haushaltsnahen Wertstoffeffassung mit bundesweit einheitlichem Zuweisungskatalog angeboten werden soll“.

Soweit auf der Basis anderer Erfassungsstrukturen (gemeint sind unter anderem Wertstoffhöfe) vergleichbare Sammel- und Verwertungserfolge erreicht werden, können diese auf Wunsch der Kommune beibehalten werden. Maßgeblich sei die Einhaltung der ökologischen Anforderungen. (ppw)

Rote Karte für die gelbe Tonne

Abfallentsorgung: Landkreis Kassel lehnt den von der Bundesregierung geplanten Wertstoffbehälter ab

VON HANS-PETER WOHLGEGHAGEN ...

KREIS KASSEL. Eine Art gelbe Tonne Plus soll den gelben Sack ablösen und künftig bundesweit alle Arten von Plastik und Metall aus Haushalten aufnehmen, auch die ohne grünen Punkt. Das sind die Pläne der Bundesregierung, die mit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz die Grundlage für die Einführung der neuen Wertstofftonne gelegt hat. Organisation und Finanzierung

der Neuerung sollen jetzt durch ein Wertstoffgesetz geregelt werden.

In vielen Regionen regt sich Widerstand gegen das Vorhaben der Bundesregierung. So auch im Landkreis Kassel, der die bisherige Restabfalltonne als graue Wertstofftonne nutzen möchte und den Bürgern keine vierte Mülltonne zumuten will.

Dieser Weg sei ökologisch und ökonomisch sinnvoller, sagte Vizelandrätin und Abfalldozententinnen Susanne Selbert

(SPD). „Wir brauchen keine zusätzliche Abfalltonne“, unterstrich Selbert. Die graue Wertstofftonne sei eine funktionierende Alternative für Landkreise und Städte, die trockene und sortierfähige Restabfälle besitzen. „Weitere Trennungsvorgaben ergeben keine verbesserte Recycling-Qualität“, sagte die Vizelandrätin. Und weiter: Es sei sinnvoller, das vorhandene Wertstoffpotenzial im Landkreis durch eine 100-prozentige Trennung und Verwertung in fünf unterschiedlichen Abfallarten zu sichern, so Selbert.

Rückendeckung erhält der Landkreis von Abfallexperten. „Wir erreichen mit der ganz normalen Restabfalltonne heute bereits 6,3 Kilogramm recyclingfähiger Kunststoffe und Metalle pro Einwohner und Jahr“, sagte Dr. Michael Kern, geschäftsführender Gesellschafter des Witzhausen-Instituts. Die Einrichtung organisiert das Kasseler Abfallforum, das am Donnerstag zu Ende ging. Mit diesem Wert würden die Ziele, die mit der gelben Tonne erreicht werden sollen, bereits übererfüllt, so Kern. Durch die eigenständige Wertstofftonne könne man nach den von der Bundesregierung veröffentlichten Zahlen

nur 4,9 kg als Recyclingmenge erreichen. Der Wissenschaftler berichtete außerdem, dass die Qualität der während eines Praxisversuchs aufbereiteten Kunststoffe keine Unterschiede zu Leichtstoffverpackungen aus dem gelben Sack aufgewiesen habe.

Abfalldozententinnen Selbert lehnt es ab, „seitens des Landkreises 77 000 neue Wertstofftonnen anzuschaffen“. Für die Bürger löse eine weitere Abfalltonne nur Stellplatzproble-

me aus, sagte die Vizelandrätin. Der Landkreis werde die Ergebnisse des Praxisversuchs jetzt mit seinen Partnern der „Arbeitsgemeinschaft graue Wertstofftonne“ in die Beratungen zum neuen Wertstoffgesetz einbringen. Es gehe nicht um die Farbe der Tonne, sondern um Verwertungsquoten und damit um die ökologische Sinnhaftigkeit.

HINTERGRUND ONLINE-ABSTIMMUNG STICHWORT/KOMMENTAR

HINTERGRUND

Graue Wertstofftonne im Praxisversuch

Die „Arbeitsgemeinschaft graue Wertstofftonne“, der Landkreise aus mehreren Bundesländern, Abfallzweckverbände sowie Kommunen angehören, setzt sich dafür ein, Restabfälle und die darin enthaltenen Wertstoffe im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes möglichst hochwertig zu verwerten und effiziente Sammel- und Sortiersysteme zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund initiierten der Landkreis Kassel und der Abfallzweckverband Südniedersachsen einen Praxisversuch mit Hausmüll, der in Weidenhausen (Werra-Meißner-Kreis)

und Deiderode (Kreis Göttingen) zu einem Wertstoffkonzentrat aufbereitet wurde. Aus diesem Konzentrat wurden Wertstoffe, insbesondere Kunststoffe, mit modernster Technik aussortiert. Die Laboruntersuchung ergab eine höhere Ausbeute als bei der Wertstofftonne. Durch den Praxisversuch sei belegt worden, dass der gewonnene Kunststoffstrom materialmäßig mit der Aufbereitung von Leichtstoffverpackungen vergleichbar ist. Die im Labor festgestellte Kunststoffqualität ermögliche eine Vermarktung. (ppw)



Regierungspläne: Gelbe Behälter für Wertstoffe sollen ab 2014 bundesweit die ungeliebten gelben Säcke ersetzen. Foto: dpa

FÖRDERUNG

Vier Dörfer im Altkreis dabei

Dorferneuerungsprojekte im Altkreis Kassel laufen zurzeit in Fulda-Simmershausen (noch bis 2016), in Söhre-Wellerode (bis 2017) sowie seit 2012 in Helsa samt allen Ortsteilen und Nieste (bis 2021).

Wer sein Haus energetisch sanieren oder eine selbstständige berufliche Existenz gründen möchte, kann als Privatperson Fördergeld beantragen. Kommunale Projekte sind das Haus der Vereine (Simmershausen), die Aufwertung des Ortszentrums in Wellerode und ein Einkaufszentrum für Nieste. In Helsa wird zurzeit das Konzept erarbeitet. (hog)

Unter 10 000 Euro geht nichts mehr

Dorferneuerung: Land hat Förderrichtlinien geändert – Negative Folgen vor allem für private Investitionen

VON BENJAMIN KLING UND BEA RICKEN ...

KREIS KASSEL. Das hessische Wirtschaftsministerium hat die Untergrenze zur Förderung von Projekten in der Dorferneuerung und in einem Programm der EU auf 10 000 Euro erhöht. Zuvor lag diese Grenze bei 3000 Euro. Davon sind insbesondere private Hausbesitzer betroffen.

Die neue Regelung gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2013. „Die Bagatellgrenze wurde angehoben, weil bei einem vergleichsweise geringen Investitionsvolumen ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand nötig ist“, erklärte Wolfgang Harms, Pressesprecher im Wirt-

schaftsministerium. Bei der bisherigen Grenze von 3000 Euro ging es, bei einem Fördersatz von 30 Prozent, um einen Zuschuss von 900 Euro.

Außerdem sollen nur noch Projekte gefördert werden, die zur Verbesserung der regionalen Lebensqualität beitragen. Voraussetzung ist die Anerkennung als Förderschwerpunkt durch das Ministerium. Die Grundidee des Projekts ist die Erhaltung bau- und kulturgeschichtlicher Vielfalt in dörflichen Lebensräumen.

Das Förderangebot gilt nicht nur für Kommunen, sondern auch für Privateigentümer von Immobilien. Die Besitzer können bei Erfüllung bestimmter Kriterien die Bauarbeiten bezuschussen lassen.

Allerdings sind unter anderem genau diese Fördermaßnahmen von der Neuregelung betroffen. Anstatt 3000 Euro müssen die förderfähigen Mindestkosten eines Projektes nun 10 000 Euro betragen.

Für Kommunalprojekte habe diese Änderung kaum Konsequenzen, sagt Harald Kühlborn, Pressesprecher des Landkreises Kassel. Deren Bauvorhaben würden meist über 10 000 Euro kosten. Für private Projekte sieht Kühlborn hingegen eine negative Entwicklung. „Die Menschen werden ihre Vorhaben zum Teil nicht mehr umsetzen können.“ Dabei würden auch viele kleine Maßnahmen das Ortsbild positiv verändern.

HINTERGRUND



Neue Mitte: In Nieste soll mit Geld aus dem Dorferneuerungsprogramm ein Einkaufszentrum errichtet werden. Unser Luftbild zeigt das Baugrundstück (rechts oben). Um Platz zu schaffen, wurde das marode Gasthaus „Zum Niestetal“ abgerissen. Foto: Prall